

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Abend-Zeitung. 1949-1951 1950

138 (17.6.1950)



BADISCHE ABEND-ZEITUNG

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 7150-53. Bankkonten: Badische Bank, Karlsruhe; Badische Kommunale Landesbank, Karlsruhe; Südwestbank, Karlsruhe; Städt. Sparkasse, Karlsruhe. Postscheck: Verlag AZ Badische Abendzeitung, Karlsruhe, Nr. 19 800

HEIMATZEITUNG
FÜR STADT UND LAND

Erscheint täglich außer Sonntags. Erfüllungsort: Karlsruhe. Monatsbezugspreis 2,- DM zuzüglich 40 Pfennig Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfennig bei Postzustellung. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Anzeigenrundpreis: Die 11gespaltene Millimeterzeile 25 Pfennig.

2. Jahrgang / Nummer 138

Karlsruhe, Samstag, den 17. Juni 1950

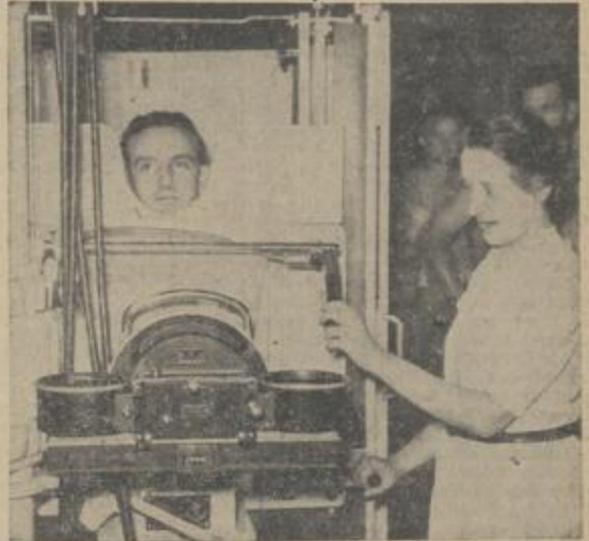
Brotpreis freigegeben

Beschluß der Bundesregierung: „Im Bedarfsfall Festsetzung von Höchstpreisen“

Bonn (AZ). Das Kabinett der Bundesrepublik hat gestern einem Gesetz zugestimmt, das die Regierung im Bedarfsfall zur Festsetzung von Höchstpreisen für Brot und Kleingebäck ermächtigt. Ein Regierungssprecher gab bekannt, daß auch der Bundesernährungsminister diesem Gesetz, in dem prinzipiell die Freigabe des Brotpreises liegt, zugestimmt habe. Die Bundesregierung kann bis zu dem Gesetz, das keiner Zustimmung mehr bedarf, entsprechende Rechtsverordnungen erlassen, sofern sie zur Sicherung der notwendigen Brotpreisversorgung und eines „gerechtfertigten Brotpreises“ erforderlich sind.

Aus Kreisen der sozialdemokratischen Fraktion wird

unserem Korrespondenten zu diesem Beschluß des Kabinetts erklärt, daß jetzt allen Möglichkeiten Tür und Tor geöffnet worden seien. Die Regierung, die alle Kontrollmaßnahmen abgebaut habe und alles dem freien Spiel der Kräfte überlasse, sei schon bisher nicht imstande gewesen, geltende Gesetze, zum Beispiel die Vermarktungsregelung, durchzusetzen. Die Regierung verspreche also zu viel, wenn sie jetzt sage, daß sie den Brotpreis halten könne, über den im übrigen gar nicht einmal die Regierung, sondern nur der Bundestag zu entscheiden habe. Tatsächlich sei die Lage jetzt so, daß auch der Brotpreis dem Erhard'schen freien Spiel der Kräfte ausgeliefert werde.



In der gesamten metallverarbeitenden Industrie des Ruhrgebietes werden laufend Reihenuntersuchungen auf freiwilliger Grundlage durchgeführt, die vor allen Dingen dazu beitragen sollen, die Gefahren der Tbc auszuschalten, beziehungsweise auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Unser Bild zeigt die modernste Röntgen-Reihen-Untersuchungsanlage.

McCloy tritt für langfristige Kredite ein

„Ost-Handel keine generelle Lösung“ - Weißbuch über Besatzungskosten angekündigt

Düsseldorf (dpa). Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy nahm gestern in Düsseldorf zu der Aufhebung der Investitionssperre grundsätzliche Stellung. Er erklärte dabei, daß irgendeine Form der langfristigen Finanzierung möglich gemacht werden müsse, wenn die deutsche Industrieproduktion gehoben und mehr Menschen Arbeit gegeben werden sollte. McCloy, der vor dem Studienausschuß für deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen sprach, ging in der Diskussion auch auf das Mitbestimmungsrecht und andere wichtige Fragen ein. Er hoffe, so sagte er, daß in Deutschland eine für Europa und die Welt beispielhafte Lösung für die Mitbestimmung gefunden werde.

Zu der Lockerung der alliierten Finanzhoheit sagte McCloy, daß sich seiner Erfahrung nach in der nächsten Zukunft kein Strom ausländischer Kapitalien nach dem Bundesgebiet ergießen werde. Wenn die deutsche Bundesrepublik ihre Industrieproduktion heben und damit mehr Menschen Arbeit geben wolle, müsse irgendwelche Form langfristiger Finanzierung gefunden werden. Vor allen Dingen müsse der Export mehr als bisher gefördert werden. Denn in nicht allzu ferner Zukunft werde der Tag kommen, „an dem ein Handelsdefizit nicht mehr durch Zuschüsse ausländischer Steuerzahler ausgeglichen wird“. Auf einen Ost-West-Handel dürfe die deutsche Wirtschaft nicht gar zu große Hoffnungen setzen. „Solche Gedankengänge mögen verlockend sein“, betonte McCloy, aber sie für die Lösung der deutschen Wirtschaftsprobleme zu halten, ist eine Illusion. Zweifellos soll der Ost-West-Handel, wie der friedliche Handel mit allen Teilen der Welt überhaupt, so weit wie möglich entwickelt werden, aber ich wiederhole: Die grundlegende Lösung des deutschen Handelsproblems ist im Westen zu suchen.“

Mitbestimmung deutsche Angelegenheit

Zum Mitbestimmungsrecht erklärte McCloy in der Diskussion, die Lösung dieser Frage sei eine rein deutsche Angelegenheit. Seine persönliche Meinung sei, keinem der beiden Sozialpartner eine Sonderstellung einzuräumen. Er fügte wörtlich hinzu, „ich hoffe, daß in Deutschland eine für Europa und die Welt beispielhafte Lösung der mit dem Mitbestimmungsrecht verknüpften Probleme gefunden wird“.

Weißbuch über Besatzungskosten

Zum Problem der Besatzungskosten teilte McCloy mit, daß gegenwärtig ein Weißbuch über diese Frage von den Alliierten vorbereitet wird. Dabei gab er zu bedenken, daß „niemals ein besiegtes Land von den Siegern so schnell wieder auf die Füße gestellt worden

Storch wünscht 14,5 Mill. Tonnen Stahl

Nehem-Huesten (dpa). Bis zum Ende des Marshallplanes im Jahre 1952 muß die deutsche Stahl- und Eisenquote nach Ansicht von Bundesarbeitsminister Anton Storch auf 14,5 Millionen Tonnen im Jahr erhöht werden, wenn der deutsche Lebensstandard erhalten bleiben soll.

Storch verlangte, daß die Stahl- und Eisenquote schon jetzt auf 12,5 Millionen Tonnen erhöht wird, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch eine deutsche Handelsflotte sei dringend erforderlich, um der Volkswirtschaft eine feste Grundlage zu geben. Gegenwärtig beschäftigten die deutschen Werften 25 000 Menschen. Früher seien es mehr als 100 000 gewesen.

ist, wie Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg“. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die Amerikaner höhere Steuern zahlen müßten, um das auch für Deutschland wichtige ERP zu ermöglichen. McCloy setzte sich im weiteren Verlauf der Diskussion dafür ein, daß unverzüglich mit einer wirksamen Jugendfürsorge im Gebiet von Watenstedt-Salzgitter begonnen wird. Zur Neuordnung der

Nordrhein-Westfalen wählt morgen

Erste Kraftprobe der Regierung nach den Bundestagswahlen

Düsseldorf (dpa). Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, der bisher mit einigen unbedeutenden Ausnahmen ruhig verlaufen ist, geht seinem Ende zu. Heute abend werden die Wähler zum letzten Male in zahlreichen Wahlkundgebungen mit den Standpunkten der acht Parteien bekanntgemacht, die sich um die Stimmen bewerben. Einen Höhepunkt erlebt jetzt die Tätigkeit der Plakatkolonne. Es ist anzunehmen, daß das Ergebnis der Volksabstimmung über die Verfassung früher vorliegen wird als das Ergebnis der Landtagswahlen, da beim Volksentscheid nur Ja und Nein zu registrieren sind. Voraussagen über die Wahlbeteiligung sind schwierig, doch ist anzunehmen, daß die Kardinalfrage, ob das Land eine Koalition im Sinne der Bundesregierung erhält oder ob die bisherigen politischen Verhältnisse sich stabilisieren, das Interesse weiter Volkskreise finden und sie zur Wahlurne führen wird.

Sozialisten erörtern Schuman-Plan

SPD hält die Vorlage für annehmbar - 12 Punkte-Erklärung erwartet

London (dpa). Führende Vertreter der sozialistischen Parteien zehn europäischer Länder, darunter drei Delegierte der SPD, erörterten gestern in London den Schuman-Plan zum Zusammenschluß der europäischen Grundindustrie. Es wird damit gerechnet, daß sie ihre Ansichten über das französische Projekt in einer Zwölfpunkte-Erklärung zusammenfassen werden. Während der ersten dreistündigen Aussprache soll weitgehende Einmütigkeit geherrscht haben. Die Beratungen sind geheim.

Die internationale Sozialistenkonferenz wurde durch den britischen Minister für die Stadt- und Landplanung, Hugh Dalton, und dem Generalsekretär der Labour-Party, Morgan Philips, eröffnet.

Heine: Schuman-Plan annehmbar

Fritz Heine vom SPD-Vorstand äußerte gestern vor Pressevertretern in Oldenburg, die SPD halte die Vorschläge des französischen Außenministers Schuman im Gegensatz zur britischen Labour-Party für annehmbar. Bedingung sei allerdings, daß durch den Plan das Streben nach Vollbeschäftigung und Sozialisierung nicht beeinträchtigt werden dürfe. Auch müßten die Deutschen in

Kohle- und Stahlindustrie nach Gesetz Nr. 27 sagte er, daß diese Neuordnung, gemessen an ähnlichen Problemen in den Vereinigten Staaten, kein so „kolossales Werk“ sei. Generaldirektor Heinrich Kost von der DKBL hatte darauf hingewiesen, daß noch einige Monate vergehen müßten, bevor man einen endgültigen und alle Beteiligten befriedigenden Plan zur Neuorganisation der Kohle- und Stahlindustrie vorlegen könne. Auf den Einwand, daß in den Organen, die nach Gesetz Nr. 27 geschaffen werden, berufene Fachleute der Kohle- und Stahlindustrie an Rhein und Ruhr nicht vertreten seien, erwiderte McCloy, „nach den Intentionen des Schuman-Plans und den Plänen des französischen Wirtschaftsbeauftragten Monnet wird auch die Industrie noch Gelegenheit erhalten, mitzuarbeiten.“

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen in den Wahlversammlungen standen drei Probleme: Für oder gegen die Politik der Bundesregierung, große oder kleine Koalition als künftige Regierungsgrundlage des Landes und Ja oder Nein zur Landesverfassung. Zum Verfassungsproblem konzentrierten sich alle Reden fast ausschließlich auf die kürzlich vom Landtag verabschiedeten Schulartikel. SPD und FDP lehnen die Verfassung vor allem wegen dieser Artikel ab, während sich CDU und Zentrum dafür einsetzen, daß die Bevölkerung durch ein Ja zur Verfassung vor allem das Inkrafttreten dieser Schulartikel sichert.

Das Interesse der Bevölkerung scheint nach den letzten Eindrücken gestiegen zu sein. Die Besucherzahl der Versammlungen und Kundgebungen hat durchweg zugenommen. Der Plakatkrieg hat einen Umfang angenommen, der den zur Bundestagswahl weit übertrifft.

dieser Organisation gleichberechtigt sein. Nach seiner Ansicht, sagte Heine, bestehe durchaus die Möglichkeit, Souveränitätsrechte auf sozialen, kulturellen und politischem Gebiet an eine europäische Union abzutreten, ohne daß Sozialisierung und Vollbeschäftigung gefährdet würden. Er befürwortete einen gleitenden Abbau der Ruhrbehörde und einen Übergang ihrer Kompetenzen auf die Schuman-Behörde.

Britische Regierung zum Labour-Memorandum

Die britische Regierung hat ihren Botschaftern in den Vereinigten Staaten, Frankreich und anderen Ländern eine ausführliche Erläuterung zu der durch das Labour-Memorandum entstandenen Lage übermittelt, verlautet gestern in London. In diesen Informationen wird auch das Verhältnis zwischen dem Votand der Labour-Party und der Labour-Regierung klargestellt. Die britische Regierung, die über die amerikanische Reaktion auf die Denkschrift des Labour-Vorstandes beunruhigt sein soll, hat es ihrem Botschafter in Washington, Sir Oliver Franks, anheimgestellt, wie er die Sachverhalte bei der USA-Regierung klären will.

Homer Cook in München verhaftet

München (dpa). Der Amerikaner Homer Cook, der am Dienstag zum vierten Male aus der Haft entflohen war, wurde gestern in München verhaftet. An der großen Fahndungsaktion nahmen mehr als 1000 Mann deutscher und amerikanischer Polizei teil. Von amerikanischer Seite war angeordnet worden, ohne Warnung auf Cook zu schießen, falls er sich nicht sofort ergebe. Die Verhaftung gelang deutschen Polizeibeamten. Der Amerikaner leistete bei seiner Festnahme keinen Widerstand.

„Deutsche Burschenschaft“ neu gegründet

Marburg (dpa). „Die deutsche Burschenschaft“ wurde am Freitag in Marburg neu gegründet. Die Gründung gilt rückwirkend vom 12. Juni an. An diesem Tage war im Jahre 1815 die erste deutsche Burschenschaft ins Leben gerufen worden. An der Tagung nahmen 150 Delegierte von 89 studentischen Verbindungen aller Universitäten und Technischen Hochschulen des Bundesgebietes sowie Vertreter des Altherrenverbandes teil. Von den 89 studentischen Vereinigungen traten bisher 65 der neugegründeten deutschen Burschenschaft bei.

Dritter Atomspion verhaftet

New York (dpa). Die amerikanische Bundeskriminalpolizei gab gestern bekannt, daß der 28jährige ehemalige Unteroffizier David Greenglass verhaftet worden ist. Auf Grund des verurteilten britischen Atomwissenschaftlers Dr. Fuchs wird Greenglass beschuldigt, über den vor einiger Zeit festgenommenen Harry Gold Atomgeheimnisse an die Sowjetunion weitergeleitet zu haben.

Greenglass soll bei seiner Verhaftung erklärt haben, er sei der Ansicht gewesen, daß die USA ihren sowjetischen Alliierten „gröblich vernachlässigt“ hätten, indem sie der Sowjetunion keine Informationen über die Atombombe gaben. Die Verhaftung von Greenglass erfolgte am Freitagmorgen in New York. Wie der FBI-Beamte, der die Verhaftung vornahm, erklärte, hat Greenglass mit Geheimdokumenten über die Atombombe zu tun gehabt, als er in Neu Mexiko stationiert war. (Nach AFP und INS.)

Aus aller Welt

Lima. Nach einer kurzen, blutigen Revolte in Arequipa, der zweitgrößten Stadt Perus, wurde der kommunistische Führer des Aufstandes verhaftet. / Triest. Italienische Torpedoboote haben in der Adria jugoslawische Fischerboote beschossen. / Peking. Mao Tse Tung kündigte für ein Gebiet, das von 100 Millionen chinesischen Bauern bewohnt wird, eine Bodenreform an. / Istanbul. Die neue türkische Regierung führt eine Staatsreform durch, in deren Verlauf alle Anhaltungen der ehemaligen Regierung aus höheren Verwaltungsstellen entfernt werden. / Amsterdam. Der neue holländische Haushalt sieht 28,9 Millionen Gulden (etwa 98 Millionen D-Mark) für militärische Ausgaben vor. / Devonport. Auf einem britischen Zerstörer ist vermutlich ein Sabotageakt an einer Dieselmotorschraube verübt worden. / Paris. Zeugen in der „Affäre Revers-Mast“ erklärten, es gebe in Frankreich wie in allen ehemals von den Deutschen besetzten Ländern, nazistische Feme-Organisationen.

Epilog

Von Fritz Erler, M. d. B.

Mit 220 Stimmen gegen 152 bei 9 Enthaltungen hat der Bundestag das von der Regierung vorgelegte Gesetz über den Beitritt zum Europarat beschlossen. Die Fronten für diese Entscheidung hatten sich schon in der großen Debatte am Dienstag abgezeichnet, so daß die namentliche Abstimmung mit dem Ergebnis einigermaßen vorauszusehen war. Immerhin verdient notiert zu werden, daß ein CDU-Abgeordneter aus dem Grenzgebiet an der Saar mit Nein stimmte. Ihm war offenbar doch aufgegangen, daß diese Entscheidung des Bundestages eine ernste Gefährdung der Situation des Saarlandes als Teil Deutschlands bedeutet.

Angeblieh sei die Entscheidung nur um Europas willen und ohne jede parteitaktischen Hintergedanken erfolgt. Da war es reizvoll zu bemerken, wie die Bayerpartei sich nur zur Stimmenthaltung aufraffte, weil sie die Abgeordneten für Straßburg aus dem Bundestag und nicht aus dem Bundestag entnehmen wollte. Sie beharrt also darauf, daß nicht etwa Deutschland nach Europa geht, sondern daß es die deutschen Länder im Gänsemarsch tun.

Der Zeitpunkt der Entscheidungen war bezeichnend. Die Regierungsparteien haben versucht, aus der Debatte um den Europarat noch Kapital für die morgige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zu schlagen. Der „Deutschland-Union-Dienst“ wies z. B. darauf hin, daß die Landtagswahl auch über die Entscheidung des Bundestages mit zu befinden habe und zu einem Bekenntnis der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zur Politik des Kanzlers werden müsse. Das erinnert fatal an Adenauers schwächste Rede vom 13. Juni, die den Anschein erweckte, als würde nicht über den Eintritt in den Europarat, sondern über den Eintritt in die SPD verhandelt. So jedenfalls waren die Gewichte bei seiner Argumentation verteilt. Der Hamburger Parteitag der Sozialdemokraten spielte in der Kanzlerrede eine größere Rolle als das echte Für und Wider zum Europarat.

Die Entscheidung ist nun gefallen. Es wird Aufgabe der deutschen Politik sein, das noch Beste aus ihr zu machen. Diese Aufgabe ist sehr schwer. Mit dem Eintritt in den Europarat hat der Bundestag akzeptiert, daß Deutschland minderen Rechtes als die anderen nach Straßburg geht. Damit hat das von vielen Deutschen mit heißem Herzen ersehnte neue Europa einen schweren Geburtsfehler mitbekommen. Durch den gleichzeitigen Eintritt mit dem Saargebiet hat sich der Bundestag damit abgefunden, daß die Saar als von Deutschland losgelöst, unabhängiger Staat innerhalb Europas eine eigene Außenpolitik treibt. Trotz aller Beteuerungen ist damit dem Friedensvertrag vorgegriffen. Engländer und Amerikaner haben den Franzosen versichert, daß sie bei einer endgültigen Friedensregelung ihre Ansprüche aus den Saarverträgen unterstützen würden. Damit sind diese Verträge praktisch endgültig. Der Bundestag war inkonsequent, als er in ergreifender Weise feierlich gegen den Verkauf der deutschen Gebiete jenseits der Oder und Neiße durch die Ostzonenkommunisten protestierte, unmittelbar darauf aber mit der jetzt getroffenen Entscheidung sich mit dem Verlust des Saargebietes abfindet.

Es ging nicht um deutsche Sonderrechte. Die deutschen Sozialdemokraten sind bereit, jeden Zipfel der deutschen Souveränität zu opfern, den die anderen auch opfern. Sie halten es aber nicht für richtig, den Europarat von Anfang an so zu gestalten, daß er praktisch zu einem Instrument der Sieger zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Machtzustandes wird. Diesen Zustand wollen wir nicht zugunsten Deutschlands ändern, sondern zugunsten Europas. Wenn man wirklich die Grenzspähle zwischen den europäischen Völkern endgültig herausreißen will, dann darf man sie nicht vorher zum Nachteil der Besiegten erst an einer anderen Stelle neu einschlagen.

Wir fürchten, daß die Entscheidung über den Eintritt in den Europarat in wenigen Monaten in gleicher Weise bedauert wird, wie heute schon viele die Petersberger Vereinbarungen bedauern, denen sie einst hocherfreut zugestimmt haben.

Es gibt nur noch eine Chance für uns: daß das Gewicht der Vernunft so stark wird, um aus dem jetzt sehr unvollkommenen Straßburger Instrument doch noch die Keimzelle eines echten europäischen Bundesstaates zu machen. Wir wollen das hoffen, bleiben aber skeptisch, weil die bisherigen Erfahrungen uns keinen Anlaß zu überschüssiger Hoffnung bieten.

Dr. Schumachers Auto ging in Trümmer

Bonn (AZ). Der Vorsitzende der SPD Dr. Kurt Schumacher, erlitt am Freitag einen Autounfall, bei dem glücklicherweise nur Sachschaden entstanden ist. Dr. Schumacher befand sich auf der Fahrt von Bonn nach Minden, wobei die Autbahn nach Köln benutzt wurde. In der Nähe von Deutz bog ein britischer Lastwagen, der vorher auf der rechten Straßenseite geblieben war, plötzlich völlig vorfahrtswidrig nach links ab und rampte den Wagen Schumachers, der das Militärauto gerade überholen wollte. Dem Fahrer Dr. Schumachers gelang es, den Wagen noch vor dem Umwerfen zu bewahren, obwohl die Vorderachse zerbrochen und ein Vorderrad abgerissen worden war. Trotz des schweren Unfalles blieben alle Wageninsassen wohlbehalten. Bundestagspräsident Dr. Köhler, der von dem Unfall verständigt worden war, entsandte sofort seinen Wagen an die Unfallstelle, um Dr. Schumacher und seine Begleiter abholen zu lassen. Dr. Schumacher befand sich bereits am Nachmittag wieder in seiner Bonner Wohnung.

Rechtsstreit um Kriminalpolizei-Amt des Bundes

Bundesrat für bedingte Exekutive der Bundeskripo - CDU-Minister fürchten Adenauer

Bonn (AZ). Mit eindeutiger Mehrheit billigte der deutsche Bundesrat auf seiner Freitagsitzung eine Regierungsvorlage über die Errichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes, der einige Abänderungen hinzugefügt worden waren. Aufgabe der neuen Behörde ist die Bekämpfung des „gemeinen Verbrechens“, soweit er sich über den Rahmen eines einzelnen Landes hinaus erstreckt. Das Amt soll die enge Zusammenarbeit des Bundes und der Länder auf dem Gebiete der Kriminalpolizei regeln. Seine Hauptaufgabe wird die zentrale Sammlung von Nachrichten für die Bekämpfung von Verbrechen und die Unterrichtung der zuständigen Behörden sein.

Im Mittelpunkt des Rechtsstreites der Ländervertreter stand die Übertragung eigener Exekutive auf das Bundeskriminalpolizeiamt. Nach der abgeänderten Vorlage wird es künftig mit eigenen Beamten im gesamten Bundesgebiet Verbrechen verfolgen, wenn ein Land darum ersucht oder wenn der Bundes-

innenminister eine Strafverfolgung anordnet, weil die Interessen des Bundes unmittelbar berührt werden oder die öffentliche Sicherheit in besonderem Maße gefährdet ist.

Nordrhein-Westfalen lehnt ab

Minister Spiecker erklärte für Nordrhein-Westfalen, daß das Düsseldorfer Kabinett die Vorlage grundsätzlich ablehne da nach dem Grundgesetz die Polizeigewalt ausschließlich in Händen der Länder liege. Er vertrat die Ansicht, daß die Befugnisse der neuen Behörde unter allen Umständen auf die Sammlung von Auskünften und Nachrichten beschränkt bleiben müßten. Ein Eingreifen des Bundeskriminalpolizeiamtes ohne Einwilligung des betreffenden Landes dürfe nicht zugelassen werden. Bayern schloß sich der Meinung Nordrhein-Westfalens an. Die Artikel über die Aufgabe des künftigen Bundesamtes bei der Bekämpfung internationaler Verbrecher in Zusammenarbeit mit aus-

ländischen Polizeibehörden waren in der Debatte nicht angegriffen worden.

CDU-Länderminister fürchten Adenauer

Auf einer mehr als einstündigen Geheim-sitzung beschäftigte sich der Deutsche Bundesrat am Freitag mit dem ungerechtfertigten Eingreifen des Bundeskanzlers Dr. Adenauer in Länderangelegenheiten. Der Kanzler hatte Bundesernährungsminister Prof. Niklas am Donnerstag untersagt, an einer Sitzung des Bundesrats-Ernährungsausschusses teilzunehmen, da der Ausschuß von dem niedersächsischen Ernährungsminister Dr. Gereke geleitet werde. Der Bundesrat stellte sich auf den Standpunkt, daß, ungeachtet einer Stellungnahme zum „Fall Gereke“ selbst, das Vorgehen des Bundeskanzlers nicht korrekt sei.

Am Freitagvormittag wurde ein Brief an Dr. Adenauer vorbereitet, in dem sehr deutlich die Ansicht des Bundesrats dargelegt werden sollte. Noch kurz vor Beginn der Plenarsitzung wurde über den Wortlaut des Schreibens lebhaft diskutiert. Die ursprünglich zu Beginn der Sitzung erwartete Bekanntgabe der Stellungnahme des Bundesrates unterblieb jedoch und das strittige Problem wurde zum Gegenstand einer Geheim-sitzung gemacht.

Nach Schluß der nichtöffentlichen Besprechung wurde lediglich bekanntgegeben, daß die Ländervertreter das Präsidium beauftragt hätten, „geeignete Schritte zur Wahrung der Rechte des Bundesrates zu unternehmen“. Wie unser Korrespondent ergänzend erfährt, hatten sich in der Geheim-sitzung vor allem die CDU-Länderminister gegen die Absendung des Briefes ausgesprochen, da eine derartige Maßnahme das Verhältnis zum Bundeskanzler nicht bessern werde.

Produktion in Württemberg-Baden weiter angestiegen

Stuttgart (Lwb). Die Produktion Württemberg-Badens ist im Mai um weitere 3,4 Prozent angestiegen und hat damit 113,9 Prozent des Standes von 1936 erreicht. Es wurden 25 Prozent mehr Waren erzeugt als im Mai vergangenen Jahres. Bei einzelnen Industriegruppen beträgt die Steigerung 10 Prozent und mehr. Das Baugewerbe ist bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

Auch die Bautätigkeit hat sich im Mai verstärkt. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter ist um 1500 auf 7600 gesunken. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 5600 auf 68.600 zurückgegangen.

SED-„Staatssicherheitsdienst“ steht über den Richtern

Berlin (dpa). Der Chef des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen, Färber, hat nach einer Mitteilung des „Untersuchungsausschusses freier Juristen der Sowjetzone“ bei einer Juristenkonferenz in Dresden gefordert, daß jeder Richter Haftbefehle automatisch auszustellen hat, wenn es der Staatssicherheitsdienst der Sowjetzone verlangt. Ebenso sei jeder Richter und Staatsanwalt verpflichtet, Häftlinge, die sich in gerichtlicher Untersuchungshaft befinden, den Organen des Staatssicherheitsdienstes auf Anforderung ohne Prüfung zu übergeben.

Länderhilfe für Schleswig-Holstein

Bonn (AZ). Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Notstandes, in dem sich das Land Schleswig-Holstein durch den übermäßigen Zustrom an Vertriebenen und Flüchtlingen sowie durch die Demontagen befindet, hat das Bonner Kabinett am Freitag einen Vorgriff auf den Länder-Finanzausgleich für 1950 beschlossen. Die ungewöhnliche hohe Zahl an Arbeitslosen und sozial Bedürftigen bedroht die finanzielle und wirtschaftliche Basis des Landes, dessen Steuerkraft den gesteigerten Anforderungen gegenüber völlig unzureichend sei, erklärte der Regierungssprecher. Gemessen an der Bevölkerungszahl betrage die Zahl der Vertriebenen 34,9 Prozent.

Heute Entscheidung über weitere Berlin-Hilfe

Bonn (AZ). Heute findet in Bonn eine entscheidende Besprechung über die künftige Überbrückungshilfe für Berlin zwischen Bundesfinanzminister Schäffer und Oberbürgermeister Prof. Reuter statt. Berlin benötigt für die Zeit bis zum Inkrafttreten eines langfristigen Unterstützungsprogramms einen monatlichen Zuschuß von rund 60 Mill. DM. Bundesfinanzminister Schäffer soll diesen Betrag für zu hoch halten und wird heute voraussichtlich endgültig zu der Forderung Berlins Stellung nehmen.

Neue Sowjetaktion zur Besiedelung Ostpreußens

Moskau (dpa). In dem von der Sowjetunion besetzten Teil Ostpreußens ist eine neue Aktion zur Besiedelung des flachen Landes mit Kolchosbauern aus dem Innern der Sowjetunion eingeleitet worden, meldet Radio Moskau am Freitag. Der erste Transport mit einigen hundert Landarbeitern aus dem Gebiet Riasan traf am 15. Juni in Königsberg ein, von wo sie auf die neuingerichteten Kolchos-Wirtschaften verteilt werden. 23 neue Kolchos sind bereits bestedelt worden. In diesem Jahr wurde auch die Umbenennung aller Städte und ländlichen Ortschaften abgeschlossen, die nunmehr rein russische Namen führen.

Alex Möller lehnt Gross-Erklärung ab

Verringerung der Besatzungskosten zugunsten der Flüchtlingshilfe vorgeschlagen

Stuttgart (AZ). Die scharfe Kritik des amerikanischen Landeskommissars General Charles P. Gross an der deutschen Flüchtlingspolitik wurde am Donnerstag im Finanz-ausschuß des Württ.-Bad. Landtags vom geschäftsführenden Vorsitzenden Alex Möller (SPD Karlsruhe) entschieden abgelehnt. Alex Möller sagte, alle guten deutschen Demokraten könnten über diese Erklärung des Generals Gross nur den Kopf schütteln, dagegen werde diese Erklärung in den Gruppen von Maites bis Ott sicherlich mit lebhafter Beifall aufgenommen werden. Das sei für den politischen Wert der Erklärungen des Generals Gross kennzeichnend. Die Abgeordneten des Landtags seien sich durchaus im klaren, daß der Krieg das Problem der Vertriebenen ausgelöst habe. Für die Besatzungsmächte wäre es jedoch nicht notwendig gewesen, das Millionenelend der Heimatvertriebenen durch die Ausweisungen herbeizuführen. Die Deutschen seien weiter der Meinung, daß die übrige zivilisierte Welt eine tätige Hilfsbereitschaft gegenüber diesen Millionen Menschen entfalten könne. Regierung und Landtag hätten bewiesen, daß sie den Vertriebenenfragen nicht gleichgültig gegenüberstünden. Möller betonte, daß die Lösung im letzten Endeffekt eine Finanzierungsfrage sei. Ein Vergleich zwischen den Aufwendungen für die Vertriebenen bei Bund und Ländern und den Besatzungskosten zeige, daß die Besatzungsmächte durchaus die Möglichkeit hätten, zu helfen. Möller machte den Vorschlag, auf einen Teil der Besatzungskosten im Rahmen der vier Milliarden echter Kosten und der etwa eine halbe Milliarde betragenden indirekten Kosten zugunsten der Vertriebenen zu verzichten.

Vertreter des württ.-bad. Innenministeriums nahmen gestern zu den Vorwürfen

Stellung und erklärten, daß in Württemberg-Baden seit 1946 330 Millionen für die allgemeine Flüchtlingsfürsorge ausgegeben worden seien. Im Rahmen der Soforthilfe seien bisher 337 Millionen DM ausgeschüttet worden. Von der letzten Summe seien 70 Prozent den Flüchtlingen zugute gekommen. Der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen, Dr. Nowotny, betonte, daß man für die Vertriebenen noch mehr tun müsse. Nowotny fügte jedoch hinzu, daß die Vertriebenenfürsorge in Württemberg-Baden wesentlich besser sei als in den anderen Ländern der Bundesrepublik.

Ministerialdirektor Dr. Kiefer vom Innenministerium gab bekannt, daß die seit der Währungsreform mit staatlichen Mitteln geförderten neuen Wohnungen zu 25 Prozent an Vertriebene gegangen seien und daß dieser Prozentsatz auf 30 Prozent erhöht werde. Dies sei gesetzlich sogar bereits angeordnet worden. Dr. Kiefer betonte abschließend, daß bisher 1000 Nebenerwerbssiedlungen mit 2000 Wohnungen geschaffen worden seien, die zu 70 Prozent Flüchtlingen zur Verfügung stünden.

Flüchtlinge fordern Umsiedlungsgesetz

Bonn (AZ). Der Heimatvertriebenen-Ausschuß des Bundestages hat sich nach eingehender Prüfung auf den Standpunkt gestellt, daß die Regierung unverzüglich ein Umsiedlungsgesetz auf Bundesebene vorlegen müsse. In dem neuen Gesetz soll in erster Linie die Frage der Finanzierung des gesamten Umsiedlungsprogramms geklärt werden. Vom Bundesvertriebenenministerium wurde unserem Korrespondenten mitgeteilt, die mangelnde Bereitschaft der Länder, ihren Verpflichtungen freiwillig nachzukommen, sei das eindeutigste Argument gegen das föderative System.

„Kein Verbot von Schwarz-Weiß-Rot“

Kabinett teilt die Bedenken des Bundesrates nicht

Bonn (AZ). Das Bundeskabinett hat sich gestern mit den Einwänden des Bundesrates gegen das von der Regierung bereits verabschiedete Versammlungsordnungsgesetz befaßt und beschlossen, auf seinem ursprünglichen Standpunkt zu beharren.

So hat das Kabinett den Vorschlägen des Bundesrates nicht zugestimmt, in das vorliegende Gesetz Bestimmungen aufzunehmen, die in Versammlungen das Tragen von Abzeichen der ehemaligen NSDAP und von Farben und Symbolen des früheren Deutschen Reiches verbieten wollten. Das Kabinett steht dabei auf dem Standpunkt, daß die NSDAP-Abzeichen durch alliierte Gesetzgebung verboten sind. In der Frage der Symbole des früheren Deutschen Reiches, also in der Frage der Farben Schwarz-Weiß-Rot, steht das Kabinett auf dem Standpunkt, daß es nicht richtig sei, ihre Verwendung in Versammlungen zu verbieten. Es wird in Bonn mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, daß der Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, dessen Deutsche Partei die Farben Schwarz-Weiß-Rot in Versammlungen zeigt, an der Sitzung nicht teilgenommen hat.

Das Kabinett konnte auch den Einwänden des Bundesrates gegen die Bestimmung, daß Beamte oder im Auftrage von Behörden handelnde Personen in Versammlungen Waffen tragen können, nicht Folge leisten, weil es der Ansicht ist, daß allen Möglichkeiten Rechnung getragen werden müsse.

Kultusminister wünschen Lehrstühle für Politik

Bonn (AZ). Die ständige Konferenz der Kultusminister hat in einer Entscheidung in Unkel festgestellt, daß es dringend erwünscht sei, an den deutschen Hochschulen planmäßige Lehrstühle für Politik zu errichten. Als Dozenten sollen Persönlichkeiten gewonnen werden, die wissenschaftliches Ansehen mit politischen Erfahrungen verbinden. Der Lehrplan soll nach dem Vorschlag der Kultusminister durch Einzelvorträge von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ergänzt werden. Die Minister wünschen ferner, daß die Länder in die Rundfunkgesetzgebung eingeschaltet werden, da der Funk überwiegend als kulturelle Einrichtung anzusehen sei.

„AZ“-Kurzmeldungen

KP-Verluste auch in Dänemark
Kopenhagen. Die Kommunisten haben in den Kopenhagener Gewerkschaften im letzten halben Jahr 23 Vorstandsmandate verloren, berichtet das Regierungsblatt „Socialdemokraten“ am Freitag. Von insgesamt 1615 Sitzen haben sie jetzt nur noch 165.
Ehemalige KZ-Insassen werden abgeurteilt
Berlin. Insgesamt 10 513 von sowjetischen Militärtribunalen verurteilte Deutsche sind nach Auflösung der Konzentrationslager in der Sowjetzone dem Sowjetzonen-Innenministerium zur Strafverbüßung und 3422 Internierte zur Untersuchung übergeben worden. Das sind die ersten Angaben der Sowjetzonenregierung über die von ihr im Frühjahr dieses Jahres übernommenen früheren Insassen der Konzentrationslager in der Sowjetzone.
33 Sowjetzonen-Lastkähne festgehalten
Berlin. 46 Lastkähne aus der Sowjetzone wurden nach Mitteilung des Berliner Magistrats am Freitag noch an Westberliner Schleusen festgehalten. Sie sollen dort bleiben, bis sie die ihnen fehlenden Warenbegleitscheine beschafft haben. Der Bestim-

mungsort ist der Stettiner Hafen. Die Schiffe haben Rohstoffe, darunter Pottasche, Schwefel und Phosphor geladen.
Reichswerke bauen weiter auf
Watenstedt-Salzgitter. Bei den Reichswerken in Watenstedt-Salzgitter wurde am Freitagmorgen der zweite Hochofen angeblasen. Noch am Donnerstagabend hatten die Reichswerke alle Meldungen energisch dementiert, die davon berichteten, daß der Hochofen am Montag angeblasen werden sollte. Sie hatten erklärt, daß bei den Werken über ein Anblasen des Hochofens noch nichts bekannt sei.
König Gustav 32 Jahre alt
Stockholm. König Gustav von Schweden feierte am Freitag seinen 32. Geburtstag. Offizielle Festlichkeiten sind nicht angesetzt.
Neuer Erfolg der UGO
Berlin. Die am Donnerstag abgeschlossenen Betriebswahlen bei der Westberliner Post ergaben eine große Mehrheit für die UGO. Von 476 Betriebsräten gehören 437 der Deutschen Postgewerkschaft an, die der UGO angeschlossen ist. FDGB-Betriebsräte wurden nicht gewählt.



Des versuchten Giftmordes beschuldigt

Zaisenhausener Prozeß auf dem Höhepunkt

Anna Schäufele bleibt dabei: „Ich war es nicht!“ — Die junge Frau Burkert beschwört ihre Aussage — Die Mutter der Angeklagten will nicht vereidigt werden — Interessante Sachverständigen-Gutachten — „Sie hat den Brief geschrieben“ — 4 Jahre Zuchthaus beantragt

Die Freitag-Verhandlung, über deren Beginn wir in unserer gestrigen Ausgabe bereits berichteten, war mit der Einvernahme weiterer Zeugen und den Sachverständigen-Gutachten ausgefüllt. Während der Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin in Heidelberg, Prof. Dr. Müller, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu dem Schluß kam, daß die Angeklagte den fraglichen anonymen Brief geschrieben hat, behauptet Anna Schäufele nach wie vor mit aller Entschiedenheit, sie sei nicht die Verfasserin gewesen. Am Ende des zweiten Verhandlungstages beschloß das Schwurgericht, die Zeugin Lydia Burkert zu vereidigen.

Der Ratschreiber von Zaisenhausen macht als nächster Zeuge seine Aussage. Nach dem Leumund der Angeklagten gefragt, erklärt er, daß sie im Dorf in gutem Rufe stehe. Ob sie nicht zunächst ihren Ehemann als den Kindesvater benannt habe, will dann der Vorsitzende wissen. Der Ratschreiber bejaht dies, ergänzt aber, daß die Schäufele wenige Tage darauf abermals zu ihm aufs Rathaus gekommen sei und angegeben habe, daß Burkert der Vater sei.

Vors.: „Haben Sie die Frau Schäufele nach dem Grund gefragt, weshalb sie zunächst eine falsche Angabe machte?“

Zeuge: „Sie sagte mir: „Ich hab früher den Namen Burkerts deshalb nicht genannt, weil ich ihn schonen wollte.“

Der frühere Ehemann der Angeklagten tritt als nächster Zeuge vor die Geschworenen. Er meint (irrtümlich), daß die Ehescheidung überhaupt noch nicht rechtskräftig sei. (Heiterkeit im Zuhörerraum), und erzählt dann, er habe bis zu seiner Einberufung im Februar 1944 mit seiner Frau in Feuerbach gewohnt. Zu Streitigkeiten sei es bis auf die „üblichen“ häuslichen Auseinandersetzungen nicht gekommen. Wie er sich die Auftritte seiner Frau erklären könne? Der Zeuge führt dies auf ihren in früherer Jugend erlittenen Schädelbruch zurück.

Nach seiner Rückkehr aus Gefangenschaft sei zunächst alles gut gegangen. Weshalb er dann anstatt bei seiner Frau zu wohnen nach Feuerbach übersiedelte? Der Zeuge meint, er habe diesen Entschluß im Hinblick auf die damaligen Lebensverhältnisse (Ernährungslage) gefaßt. „Später traten Spannungen auf.“ Erst als er auf Grund einer ärztlichen Untersuchung erfuhre, daß er nicht der Vater des Kindes sein könne, habe er die Scheidungsklage eingereicht. Burkert habe ihm gegenüber bestritten, der Kindesvater zu sein.

Vors.: „Wurden Sie von Ihrer Frau oft belogen?“

Zeuge: „Nein, früher nie. Erst als meine Frau das Kind erwartete.“

Er sagte dann noch, daß es die früheren Arbeitskolleginnen seiner Frau heute noch nicht glauben könnten, daß Anna Schäufele einer solchen Tat fähig sei, derwegen sie heute auf der Anklagebank sitzt.

Daraufhin wurde Frau Hacker, die Mutter der Angeklagten, aufgerufen. Sie verweigerte zunächst die Aussage, überlegte es sich schließlich aber doch noch anders und läßt sich vernehmen. Die alte Frau kann sich an viele Dinge nicht mehr erinnern, so daß Landgerichtsdirektor Dr. Ernst mehrmals mahnende Worte an die Zeugin richtet. „Sie müssen immer bei der Wahrheit bleiben und dürfen nichts verschweigen und nichts hinzufügen.“

Vors.: „Wußten Sie von dem Verhältnis Ihrer Tochter mit Herrn Burkert?“

Zeugin: „Nein. Ich habe es erst viel später erfahren.“

Vors.: „Wußten Sie, daß Ihr Schwiegersohn nicht der Vater Ihres Enkelkinds ist?“

Zeugin: „Nein. Das hat mir meine Tochter erst viel später eingestanden. Sie war immer so verschlossen zu mir.“

Vors.: „Hat Herr Burkert davon gesprochen, daß er eine Braut hat?“

Zeugin: „Auf seinem Nachttisch stand ein Bild. Er sagte, dies sei seine Kusine.“

Vors.: „Stimmt es, daß Sie Herrn Burkert, dessen Mutter inzwischen ja schon in Ihrem Haus wohnte, erlauben, auch seine Kusine und deren Mutter kommen zu lassen?“

Zeugin: „Jawohl.“

Vors.: „Was sagte Ihre Tochter dazu?“

Zeugin: „Sie hat mit mir geschimpft. Sie meinte, es sei ohnehin zu eng in unserem Hause.“

Vors.: „Wo waren Sie am 25. September?“

Zeugin: „Ich war in diesen Tagen etwas kränklich.“

Vors.: „Waren Sie nicht in der Kirche?“

Zeugin: „Nein.“

Vors.: „Könnte es nicht doch möglich sein. Überlegen Sie sich die Sache ganz ruhig... Na?“

Zeugin (überlegt eine ganze Weile): „Nein, ich war nicht in der Kirche.“

Vors.: „Hatten Sie einen Schlüssel zu dem Zimmer der Burkerts?“

Zeugin: „Nein.“

Vors.: „Ihre Tochter vielleicht?“

Zeugin: „Das kann ich nicht sagen. Ich weiß es nicht.“

Vors.: „Hat Ihnen Ihre Tochter einmal erzählt, sie hätte den Burkerts etwas ins Essen gemischt?“

Zeugin: „Nein, nein.“

Vors.: „Sie wollen einmal zu den Burkerts gesagt haben: „Jetzt kommt alles raus, daß sie es getan hat, als ihr in der Kirche wart.“

Zeugin: „Ich habe das so gemeint, daß jetzt das gehütete Geheimnis von dem Verhältnis zwischen meiner Tochter und Herrn Burkert herauskommt.“

Auch nach wiederholten Ermahnungen des Vorsitzenden bleibt Frau Hacker bei dieser Aussage. Schließlich ruft Dr. Ernst die drei Flüchtlingsfrauen nacheinander vor. „Sie haben gesagt! Die junge Frau Burkert meint: „Ich bin sehr enttäuscht, daß eine alte Frau wie diese so lügt. Sie hat heute überhaupt vieles gesagt, was nicht wahr ist.“



Die Opfer (sitzend die Mutter der Angeklagten)

Fotos: Südwestbild / Schlitz

Frau Hacker bleibt auch jetzt noch bei ihren Aussagen. Der Vorsitzende fragt, ob sie das auch alles auf ihren Eid nehmen könne?

„Nein, schwören tu' ich nicht“ ist ihre Antwort.

Vors.: „Was wissen Sie von den späteren Vergiftungen?“

Zeugin: „Davon weiß ich so wenig wie vom ersten Fall.“

Vors.: „Wen haben Sie denn im Verdacht, wer das Gift in das Mehl gemischt haben konnte?“

Zeugin: „Ich war es nicht!“

Vors.: „Ich muß Sie aber trotzdem fragen: Haben Sie nicht etwa das Gift in das Mehl gebracht, Frau Hacker?“

Zeugin: „Der Herrgott soll Zeuge sein. Ich war es nicht!“

Vors.: „Weshalb versuchten Sie bei der Haus-suchung die Schlingensbekämpfungsmittel in der Schürze wegzutragen? Das ist doch merkwürdig. Wollten Sie etwas verbergen?“

Zeugin: „Nein. Ich war halt aufgeregt, als die Kriminalbeamten kamen.“

Vors.: „Hatten Sie Sorge, in einer dieser Büchsen könnte das Gift drin sein?“

Zeugin: „Nein!“

Dann läßt der Landgerichtsdirektor die Frau abtreten. Der Nebenkläger, Rechtsanwalt Bender, bittet nochmals den Geschäftsführer der Konsum- und Absatzgenossenschaft vorzutreten. Dieser gibt an, daß es gebrauchte amerikanische Säcke, vorwiegend Mehlsäcke waren, die verkauft wurden. „Ob auch Säcke dabei waren, in denen früher irgendwelche Chemikalien drin waren, haben wir nicht untersucht.“

Die Zeugin Pfeil kam am 25. September zwischen 10 und 11 Uhr zu Frau Schäufele. Sie sei allein in der Küche gewesen und habe gekocht. Es sei möglich, daß die alte Frau Hacker im Bett gelegen habe. Gesehen habe sie die alte Frau aber nicht. Sie erinnert sich auf einen entsprechenden Vorhalt des Vorsitzenden daran, daß Frau Schäufele zu ihr sagte: „Unsere Mutter ist nicht ganz auf der Höhe.“

Auch der Zeuge Manfred Hill und die Tante der Angeklagten werden aufgerufen. Sie können nichts wesentliches aussagen.

Polizeiwachmeister Bruder sagt aus, die Schäufele habe sich nach einer Einvernahme am 11. Oktober 1949 auf dem Zaisenhausener Rathaus die Treppe hinuntergestürzt. Sie habe einen richtigen Anlauf genommen.

Vors.: „Nun, Frau Schäufele? Bleiben Sie dabei, daß Ihnen schwindelig wurde?“

Angekl.: „Ich habe keinen Anlauf genommen. Mir wurde schwindlig. Im übrigen kann der Wachmeister gar nicht gesehen haben, wie ich stürzte, denn er hat mir den Rücken zugewandt und nach seinem Gewehr gesucht.“

Auch die Aussagen der beiden Kriminalbeamten, die im Hause der Schäufele die Haussuchung durchführten, stimmen nicht mit den Angaben der Angeklagten überein. Die Zeugen sagen übereinstimmend aus, die Schäufele sei während der Haussuchung nicht auf dem Speicher gewesen. Sie aber meint, daß sich die Zeugen nicht mehr genau erinnern können. „Ich war auf dem Speicher mit ihnen. Ich weiß es ganz genau!“

Inzwischen ist es 14.30 geworden und Landgerichtsdirektor Dr. Ernst vertagt die Sitzung auf 16.00 Uhr.

Die Sachverständigen sagen aus:

„Im Mehl und Brot Arsen-Substanzen“

Die ganze Nachmittagsverhandlung steht im Zeichen der Sachverständigen-Gutachten. Dr. Seifert vom Institut für gerichtliche Medizin in Heidelberg hat eine chemische Untersuchung des Mehles und des Brotes vorgenommen. Man habe Ratten mit diesen Lebensmitteln gefüttert. Nach acht Tagen seien die Tiere eingezogen. Der Arsenik-Gehalt im Brot habe 0,0096 Prozent betragen. Das besage, daß in einer Scheibe Brot mit einem Gewicht von 50 Gramm 4,8 Milligramm Arsenik enthalten seien. Eine Mehlsprobe habe 7,5 Milligramm Arsenik ergeben. Der Sachverständige meint, dies seien relativ geringe Mengen Arsenik. Der einmalige Genuß von 12 bis 14 Schnitten Brot hätte nach Ansicht von Dr. Seifert zum Tode führen können. Da bei der Analyse auch Kalkunuren festgestellt wurden, könne man sagen, daß in den Speisen Kalk-Arsen war. Grüne Flecken oder Körner (wie sie von Burkerts wahrgenommen wurden), habe er nicht entdecken können.

Der Sachverständige berichtet dann, daß er auch den Urin und die Haare der Burkerts untersucht habe und ebenfalls Arsenik-Spuren feststellen konnte.

Vors.: „Können Sie auf Grund dieser Befunde sagen, woher das Arsen kam?“

Sachverst.: „Nein, denn auch Medikamente oder Speisen (Fische) hinterlassen mitunter derartige Spuren. Es ist auch möglich, daß eine Verunreinigung an den Mehlsäcken die Ursache sein kann.“

Staatsanw.: „Und wenn die Säcke vor dem Gebrauch ausgekocht wurden?“

Sachverst.: „Dann dürfte kein Arsen mehr drin gewesen sein.“

Dr. Bäuerle von Lebensmittel-Untersuchungsamt fand im Brot blau-grüne Pünktchen und stellte sowohl im Brot, als auch in einem der sechs Mehlsäcke Arsenik-Spuren fest.

Vors.: „Wurde das Brot mit diesem Mehl vergiftet?“

Sachverst.: „Das Mehl in den amerikanischen Säcken ist identisch mit dem zum Backen des Brotes verwandten Mehl.“

Medizinalrat Dr. Stöckel vom Staatl. Gesundheitsamt untersuchte die Burkerts am 2. Februar 1950. Er könne auf Grund dieses klinischen Befundes nicht sagen, ob eine Arsenikvergiftung vorlag. „Möglich ist es, aber...“



Die Angeklagte

Verräterische Buchstaben

Kriminal-Oberkommissar F. stellte bei Schriftproben fest, daß der anonyme Brief von der Angeklagten geschrieben wurde.

Der Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin in Heidelberg, Prof. Dr. Müller, erklärte zu diesem Komplex, daß er 32 Merkmale festgestellt habe, die den eindeutigen Schluß zuließen, daß Anna Schäufele die Verfasserin des anonymen Briefes ist. Noch selten seien bei einer Schriftprobe so viele übereinstimmende Befunde festgestellt worden, als in diesem Falle.

Vors.: „Nun, Frau Schäufele?“

Angekl.: „Ich habe diesen Brief nicht geschrieben!“

Auf die Vergiftungsercheinungen eingehend, kam Prof. Dr. Müller zu dem Schluß, daß Arsen die Ursache der Vergiftungen war.

Am Ende des zweiten Verhandlungstages beschloß das Gericht, die Zeugin Lydia Burkert zu vereidigen. Sie schwört... Damit ist die Freitag-Sitzung beendet.

„Die Angeklagte ist voll zurechnungsfähig“

Medizinalrat Dr. Zwilling kam zu dem Schluß, daß auf Anna Schäufele nicht die Merkmale zuträfen, um den § 31 Abs. 1 und 2 zu erfüllen. Sie sei zum Zeitpunkt der Tat geistig normal gewesen.

Prof. Dr. Schön, Dozent für gerichtl. Medizin, schloß sich den Ausführungen seines Vorredners vollinhaltlich an. Er beurteilt Anna Schäufele als glaubwürdig. Wenn sie allerdings einmal etwas falsches gesagt habe, beharre sie auf dieser falschen Aussage. Ihrem Wesen nach sei sie nicht als klassische Giftmischerin anzusprechen. Falls sie die Tat begangen habe, so liege der Grund vielleicht in einer vorübergehenden Bewußtseinspaltung.

Staatsanwalt beantragt 4 Jahre Zuchthaus

Daraufhin erteilte Landgerichtsdirektor Dr. Ernst dem Ersten Staatsanwalt das Wort. Dieser hielt in seinem Plädoyer Anna Schäufele im Sinne der Anklage für überführt und beantragte 4 Jahre Zuchthaus.

Bei Redaktionsschluß plädierte Rechtsanwalt Palmert, der Verteidiger Anna Schäufele. Das Urteil wird noch heute erwartet. tt.

Erfahrung macht aus guten Tabaken bessere Cigaretten

EMIR

Die Kyriazi-Orient in der 10 Pfennig-Preislage

Idar-Oberstein - Edelsteinstadt im Nahetal

Weltzentrale der Juwelen verarbeitenden Industrie, begründet auf den alten Achatschleifereien

IDAR-OBBERSTEIN, Juni. (dpa.)
Juwelen, Perlen und Edelsteine sind für jedermann ein Begriff. Nur wenige aber wissen, daß die Weltzentrale der Verarbeitung all dieser Herrlichkeiten in Deutschland liegt. Obwohl in die reizvolle Landschaft des Nahetals gebettet, ist der Ort und seine Industrie in der großen Welt besser bekannt als in der näheren und weiteren Umgebung: Idar-Oberstein, das Mekka aller an Herstellung und Absatz kostbaren Schmucks Beteiligten.

Die Stadt nimmt durch ihre Industrie eine einzigartige Stellung ein. Es dürfte wohl kaum eine zweite Stadt von 26 000 Einwohnern geben, die so weltumspannende Handelsbeziehungen unterhält. Als in friedlichen Zeiten die Völker noch nicht durch Zoll- und Devisenschranken im heutigen Ausmaß getrennt waren, weilten in Idar-Oberstein oft mehr Brasilianer, Amerikaner, Perser und Indier als in mancher Hafenstadt, und alle Welt Sprachen klangen hier zusammen.

Die Geschichte der Edelsteinindustrie hat nichts von der nüchternen Entwicklung manches anderen Industriezweiges an sich. Sie mutet viel eher wie ein Abenteuerroman von Goldsuchern und Schatzgräbern an. Das Vorkommen von Achat und anderen Schmucksteinen in den Bergen der Nahegend gab den Vorfahren der heutigen Edelsteinschleifer den Anstoß zur Bearbeitung des Gesteins. Vor zweitausend Jahren erkannten römische Edelsteinhändler bereits die großen Möglichkeiten der Idarer Edelsteinindustrie und führten verfeinerte Schleifmetho-

den ein. Als die Edelsteinvorkommen zu Anfang des vorigen Jahrhunderts erschöpft waren, sah es um das Edelsteingewerbe in Idar-Oberstein bitter aus. Eine Schleife nach der anderen mußte ihre Pforten schließen. Das Gewerbe hatte viel mehr Menschen zusammengeführt, als der Boden ernähren konnte. Die Mutigsten packten ihre Habseligkeiten zusammen, um in der Welt ihr Glück zu versuchen. Dabei fand einer der ausgewanderten Idar-Obersteiner Achat-schleifer durch Zufall in Brasilien neue, unerschöpfliche Achatvorkommen.

Mit dieser Entdeckung begann der Aufstieg Idar-Obersteins zum Welthandelsplatz für Edelsteine und Schmuck. Die Söhne der ehemaligen Achat-schleifer zogen seitdem in die Welt und saßen bald an allen Edelsteinfundstellen der Erde. Sie kennen sich in den Urwäldern Brasiliens, in der afrikanischen Wildnis und im australischen Busch besser aus, als mancher Durchschnittseuropäer in den Bergen seiner Heimat. Auch heute noch weilen - trotz aller Schwierigkeiten - Angehörige der meisten Idar-Obersteiner Handelshäuser in allen Weltteilen.

Eine Industrie mit derart weltumspannenden Handelsbeziehungen mußte naturgemäß durch Kriege und damit verbundene politische Ereignisse schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Vor dem ersten Weltkrieg zählte Idar-Oberstein im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl zu den reichsten Städten der Welt und hatte von allen deutschen Städten anteilmäßig die meisten Millionäre. 1913 wurden zum Beispiel für 25 Millionen Mark Rohsteine importiert und der Export belief sich auf 75 Millionen Goldmark. In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg hatte Idar-Oberstein jahrzehntlang, auf den einzelnen Arbeiter umgerechnet, die am meisten devisenschaffende Industrie Deutschlands. 1937 zum Beispiel brachte der einzelne Beschäftigte Idar-Obersteins 1400 Mark an Devisen ein, während der Reichsdurchschnitt bei 17 Mark lag.

Die Schwierigkeiten, die sich dieser Industrie auch heute wieder entgegenstellen, sind nicht gering, aber die Idar-Obersteiner Unternehmer sind rastlos tätig, um die alte Weltgeltung für ihre „Edelsteinstadt“ wiederzugewinnen.

Benzin aus klarem Wasser

Brüssel lacht über einen Scharlatan-Chemiker / Debeys erschwindelte Millionen

BRÜSSEL, Juni (NP)
Der 62jährige Chemiker Hubertus Debeys aus Antwerpen behauptete vor einem Brüsseler Gericht, er könne aus Wasser Benzin herstellen. Debeys ist mit zwei weiteren Männern angeklagt, sich riesiger Unterschlagungen schuldig gemacht zu haben, die in deutscher Währung ausgedrückt fast zwei Millionen DM erreichen. Diese Summe war den Chemikern von belgischen Industriekreisen für den Bau eines Forschungs-Laboratoriums zur Verfügung gestellt worden.

Als der Hauptangeklagte vor dem Gerichtspräsidenten gefragt wurde, wie er denn Wasser in Benzin umwandele, sagte er: „Meine Formel ist geheim, aber sehr einfach. Ich brauche Wasser, Kalzium-Pulver und zwei weitere Ingredienzen, die zu nennen ich mich weigere.“

Richter: „Können Sie mir etwas Benzin herstellen?“

Debeys: „Ja, aber Sie müßten mir genügend Geld geben, damit ich die geheimen Zutaten kaufen kann.“

Als sich daraufhin der Gerichtshof vor Lachen schüttelte, fügte Debeys hinzu: „Eines Tages werden Sie ihr Verhalten bereuen. Meine chemische Formel ist bereits geprüft worden. Am 21. September 1948 führte ich in der amerikanischen Botschaft in Brüssel meinen Versuch vor. 400 Liter Benzin stellte ich vor den Augen des amerikanischen Militär-Attachés, Oberst Moore, her. Daraufhin bot er mir drei Millionen Dollar, wenn ich mein Geheimnis an die USA verkaufen würde. Meine Formel wurde am 13. Dezember in Washington angenommen, doch niemals bezahlt.“

Nachdem der Präsident ein Dementi des amerikanischen Außenministeriums verlesen hatte, ordnete er für die drei Angeklagten eine Haftverlängerung bis zum Abschluß der gerichtlichen Untersuchungen an.

Isländisches National-Theater

KOPENHAGEN, im Juni 1956. (LBB.)
Islands Kunstfreunde begingen kürzlich einen „Nationalfeiertag der Kunst“. Zum ersten Male nämlich betrat sie in ihrer Hauptstadt Reykjavik ihr eigenes Nationaltheater, um der Fest-Aufführung von „Silvesterabend“ einem Stück des großen Isländischen Dramatikers Indridi Einarsson, beizuwohnen.

Der Plan zur Schaffung eines Isländischen Nationaltheaters geht auf das Jahr 1907 zurück. Damals unterbreitete Einarsson, der erfolgreiche Dramatiker und Leiter des „Dramatischen Gesellschaft“ von Reykjavik, dem isländischen Althing einen ausgearbeiteten Vorschlag. Aber es dauerte über 22 Jahre, bis die Regierung mit dem Theaterbau begann. Im Jahre 1932 mußte der Bau jedoch wegen finanzieller Schwierigkeiten eingestellt wer-

den. Acht Jahre lang war dann das halbfertige Gebäude dem Wind und Wetter preisgegeben. Im Jahre 1940, als Island von britischen Truppen besetzt wurde, nahm das Militär den Bau in Beschlag und benutzte ihn bis 1944 als Speicher. Erst auf den Einspruch der Regierung Islands hin wurde er von den Soldaten geräumt und schließlich zu Ende geführt.

Jetzt endlich hat Island sein erstes Nationaltheater, dessen Pläne von Prof. Gudjon Samuelsson stammen, festlich einweihen können. Es war ein großer Tag für die Theaterfreunde Islands. Sie hoffen, daß in ihrem Nationaltheater nicht nur die Werke großer ausländischer Bühnendichter zur Aufführung gelangen, sondern daß an diesem Orte auch der schöpferische Geist des Isländischen Volkes selbst sich in bleibenden Werken offenbaren möge.

Rehbock - „nicht ganz richtig“

Von einem Rehbock, der seit einem Jahr in der Gemarkung Meckbach im Kreis Hersfeld mit einem sonderbaren „Scherz“ sein Unwesen treibt, sagen die Förster, er sei „nicht ganz richtig“. Nachdem er bisher schon etwa ein Dutzend Frauen aus dem Ort angesprochen, ihnen jedesmal mit seinem Geweih die Röcke hochgehoben und sie dann zu Boden geworfen hat, wurde kürzlich ein 80jähriges Mütterchen das neue Opfer. Als sie am Waldrand entlangkam, sprang der Rehbock wieder hinzu, hob ihr den Rock hoch und warf sie um, obwohl sie sich mit einem Rechen tapfer wehrte. Danach sprang er in den Wald zurück. Nun hat der Bock sich das erste männliche Opfer ausgesucht. Er jagte den erschrockenen Mann zehn Minuten lang um eine Pichte herum. Dann gab er auf und setzte in großen Sprüngen in den Wald.

Ul raschall gegen Gallensteine

Bisher versuchte man bei Gallenstein-Operationen mit der medizinischen Sonde zu ermitteln, ob man auch sämtliche Steine gefunden habe. Kleinere Steine wichen jedoch oft seitlich aus. In neuerer Zeit hatte man nun ein winziges längliches Kristallmikrophon gebaut, das mit einem Verstärker in Verbindung steht. Kommt das Mikrophon in die Nähe eines Gallensteins, so ergibt sich ein kratzendes Geräusch. Als Neuestes auf dem Gebiet der Gallenstein-Operation gibt es jetzt Ultraschallgeräte, die selbst winzigste Steine dadurch feststellen, daß die ausgesandten Schallwellen von den Steinen reflektiert werden, wodurch deren Lage genau ermittelt werden kann. Man kann die Lage des Steines auch noch auf einem besonderen Leuchtschirm ablesen, was die Arbeit des Chirurgen wesentlich vereinfacht.

Scheidung nach 47 Jahren Ehe

Nach 47jähriger Ehe hat die 80jährige Frau Ella Halsey die Scheidung von ihrem um fünf Jahre jüngeren Mann beantragt. Als Begründung gab sie an, ihr Mann sei immer furchtbar schlecht gelaunt, und sie könne es nicht mehr länger aushalten.

Steinigung für Ehebrecher

Achtzig Peitschenhiebe für jeden Alkoholtrinker und Steinigung der Ehebrecher waren die Hauptpunkte einer Gesetzesvorlage, die von Scheich Abdu el Bortokaly im ägyptischen Parlament eingebracht wurde. Nach heftigen Debatten zwischen den Verfechtern einer verstärkten koranischen Tradition und den für eine moderne Rechtsprechung eintretenden Abgeordneten wurde die Vorlage abgelehnt. Bortokaly hatte in seinem Entwurf eine mildere Behandlung ehebrecherischer Junggesellen vorgeschlagen. Sie sollten nicht gesteinigt werden, sondern nur fünfzig Peitschenhiebe erhalten.

Heu in die Scheune „geschossen“

Um das umständliche und mühsame Abladen von Heuwagen zu vereinfachen, hat ein amerikanischer Farmer eine mit Luftdruck betriebene Schleudranlage konstruiert, mit der die Heuballen vom Wagen in die Scheune „geschossen“ werden. Der Apparat besteht aus einem pneumatischen Zylinder, einem Kolben mit Pleuelstange, einer Druckplatte und einer Kompressoranlage, die mit einem 5-PS-Motor betrieben wird. Mit einem Druck von 90 Kilogramm ist die Maschine imstande, pro Minute drei Heuballen von rund 25 Kilogramm Gewicht bis zu einer Höhe von sechs Metern und einer horizontalen Entfernung von vierzehn Metern zu schleudern.

Die Haare bleiben kurz

KÖLN, im Juni (dpa)
Das kurze Haar bleibt auch in diesem Jahr bei den Damenfrisuren Trumpf. Die deutsche Sektion der „Internationalen Gesellschaft der Damencouffeure“ hat das Beratungsergebnis von ihrem kürzlich in Köln abgehaltenen Kongreß in einem „Modèkominiqué“ zusammengefaßt. Danach wird die Tendenz der deutschen Damenfrisuren der internationalen Entwicklung angepaßt. Das Haar soll im allgemeinen eine Länge zwischen drei und sieben Zentimetern haben. Eine kleine enganliegende Frisur soll die Kopfform stark betonen.

Die in den Spitzen leicht ausfrisierten Wellen sind spielerisch geformt und bedecken teilweise die Ohren. Die zur Stirn frisierten Sechsen werden beibehalten. Modische Haarfarben sind Orangeblond bis Kupferrot, auf dunklen Haaren Tönungen in Blau. Zur Gesellschafts- und Abendfrisur wird Haareratz vorgeschlagen. In die Frisuren werden auch aus Haaren gefertigte belackte Schleifen, Blumen und Diademe eingearbeitet.

Zweiterlei Bart

„Adele Sandroek hatte einen Chauffeur, der auf die Pflege des Wagens mehr Wert legte als auf sein eigenes Aussehen und meist völlig unrasiert zum Dienst erschien. Als er wieder einmal eine Rasur dringend nötig hatte, konnte sich die Schauspielerin nicht länger beherrschen und brummte ihn an: „Friedrich, wie oft glaubst du, sollte man sich in der Woche rasieren?“

Bedächtig strich sich der also Ermahnte über sein knisterndes Stachelkinn und meinte: „Bei dem zarten Bartwuchs der gnädigen Frau dürfte wohl zweimal genügen.“



46. Fortsetzung

Ich riß das Blatt ab, warf es fort und plückte mir ein anderes, das ich von beiden Seiten eingehend betrachtete.

„Wofür hat sie denn das Haus benutzt?“ erkundigte ich mich. „Das Zimmer ist ja vollständig eingerichtet. Von außen dachte ich, es wäre ein gewöhnliches Bootshaus.“ „Ursprünglich war es das auch nur“, sagte er wieder mit einer gezwungenen Stimme, der man deutlich anmerkte, wie unympathisch ihm dieses Thema war. „Dann - dann ließ sie das Zimmer herrichten, die Möbel hineinstellen und die übrigen Sachen dorthin bringen.“

„Ich fand es komisch, wie er von ihr als „sie“ sprach, und daß er sie weder Rebecca noch Mrs. de Winter nannte, wie ich es von ihm erwartet hätte.“

„Hielt sie sich denn oft dort auf?“ fragte ich. „Ja“, sagte er, „ja das tat sie. Sie veranstaltete dort Mondscheinpicksnicks und - und dergleichen mehr.“

Wir gingen nebeneinander her und ich summte noch immer meine kleine Melodie vor mich hin. „Wie reizend“, sagte ich heiter, „so ein Mondscheinpicksnick denk ich mir wunderhübsch. Haben Sie auch eins mitgemacht?“

„Ja, ein- oder zweimal“, sagte er. Ich gab vor, nichts davon zu bemerken, wie still er auf einmal geworden war, und wie widerstrebend er von diesen Dingen sprach.

„Warum ist die Boje eigentlich in dem kleinen Hafen verankert?“ fragte ich.

„Das Boot wurde festgemacht“, sagte er.

„Welches Boot?“

„Ihr Boot“, erwiderte er.

Eine seltsame Erregung bemächtigte sich meiner; ich mußte einfach mit meinen Fragen fortfahren. Er wollte nicht darüber sprechen, das wußte ich jetzt, aber obwohl er mir leid tat und ich entsetzt über mich selbst war, konnte ich nicht damit aufhören; es wäre mir unmöglich gewesen, zu schweigen.

„Wo ist es denn?“ fragte ich. „War es das Boot, mit dem sie beim Segeln erkrankt?“

„Ja“, sagte er ruhig, „es kenterte und sank. Sie wurde über Bord gespült.“

„War es ein größeres Boot?“ fragte ich.

„Dreißig Quadratmeter; es hatte auch eine kleine Kajüte.“

„Und wie kam es, daß es kenterte?“

„Es kann sehr böig in der Bucht sein“, sagte er.

Ich stellte mir dieses grüne Meer vor und die weißen Schaumkronen darauf, die der Sturm jenseits der Landzunge kanalabwärts trieb. Ob der Wind wohl sehr plötzlich aufgekomen war, fragte ich mich, „aus den Hügeln hinter dem Leuchtturm hervorwirbelnd, so daß das kleine Boot sich zitternd auf die Seite gelegt hatte, das weiße Segel flach über den brechenden Wogen?“

„Konnte ihr denn nicht irgend jemand zu Hilfe kommen?“ fragte ich.

„Niemand hat sie kentern gesehen; es wußte überhaupt niemand, daß sie mit dem Boot draußen war.“

Ich vermied es sorglich, ihm einen Blick zuzuwerfen. Er hätte mir die Verwunderung zu deutlich vom Gesicht ablesen können. Ich

hatte angenommen, das Unglück sei bei einer Segelregatta geschehen und es wären noch andere Boote auf dem Wasser gewesen, die Boote aus Kerrith, und die Zuschauer am Ufer hätten alles mit angesehen. Daß sie allein gewesen war, ganz allein mit ihrem Boot draußen in der Bucht, das hatte ich nicht gewußt.

„Aber im Hause muß man doch davon gewußt haben?“ sagte ich.

„Nein“, sagte er. „Sie ging oft allein fort und segelte häufig des Nachts; und wenn sie dann zurückkam, übernachtete sie in dem Bootshaus.“

„War sie denn gar nicht ängstlich?“

„Ängstlich?“ wiederholte er, „nein, sie kannte überhaupt keine Furcht.“

„Und war - war Maxim damit einverstanden, daß sie so allein forging?“

Er zögerte mit der Antwort, und dann sagte er kurz: „Ich weiß nicht.“ Ich hatte den Eindruck, als ob er um keinen Preis jemanden bloßstellen wollte ob nun Maxim oder Rebecca oder auch sich selbst, das war mir nicht klar. Er war schon ein sonderbarer Kauz. Ich konnte mir keinen Reim darauf machen.

„Sie muß also ertrunken sein, als sie ans Land zu schwimmen versuchte, nachdem das Boot gesunken war?“ fragte ich weiter.

„Ja“, sagte er.

Ich fühle es beinahe, wie das kleine Boot schwankend auf den Wellen tanzte, wie das Wasser über die Ruderpinne stürzte und sich unter der Last der nassen Segel und unter den unaufhörlichen Windstößen immer tiefer zur Seite neigte.

„Wieviel später hat man ihre Leiche gefunden?“ fragte ich.

„Nach etwa zwei Monaten“, sagte er.

Zwei Monate! und ich hatte gedacht, daß Ertrunkene spätestens innerhalb von zwei Tagen aufgefunden würden. Ich hatte immer geglaubt, sie würden mit der Flut an die Küste geschwemmt.

„Wo fand man sie denn?“ fragte ich.

„In der Nähe von Edgemoor, etwa vierzig Meilen kanalwärts“, sagte er.

Als ich sieben Jahre alt war, hatte ich einmal die Ferien in Edgemoor verbracht. Es war ein größerer Badeort mit einer Landungsbrücke und Eseln. Ich erinnere mich noch genau, auf einem Esel den Strand entlang geritten zu sein.

„Woher wußte man denn, daß sie es war, wie konnte man das nach zwei Monaten noch feststellen?“ sagte ich. Ich überlegte mir, warum Frank vor jedem Satz eine kleine Pause machte, als ob er seine Worte erst sorgfältig abwägen müsse. Hatte er sie wirklich so gern gehabt, war ihm ihr Tod so nahe gegangen?

„Maxim fuhr nach Edgemoor, um die Leiche zu identifizieren“, antwortete er.

Pötzlich wollte ich nichts mehr wissen. Ich fühlte mich von mir selbst abgestoßen und angewidert. Ich kam mir wie ein neugieriger Zuschauer vor, der sich bei einem Straßenunfall vordrängt; wie einer von den armen Bewohnern eines Mietshauses, die bei einem Todesfall in der Nachbarschaft darum bitten, die Leiche betrachten zu dürfen. Ich verabscheute mich selbst. Wie entwürdigend meine Fragen gewesen waren - einfach schamlos! Frank Crawley mußte mich ja verachten.

„Es war gewiß eine schreckliche Zeit für Sie alle“, sagte ich hastig, „und Sie werden natürlich ungern daran erinnert. Es kam mir nur so in den Sinn, ob man nicht irgend etwas tun könnte, um das Bootshaus vor dem Verfall zu retten, das war alles. Es ist doch wirklich schade, daß die Möbel durch die Feuchtigkeit ganz verderben sollen.“

Er erwiderte nichts, und ich fühlte mich heiß und unbehaglich. Er mußte es gespürt haben, daß es nicht die Sorge um das unbelebte Bootshaus war, die mich zu all den Fragen veranlaßt hatte, und nun schwieg er, weil er so entsetzt über mich war. Unsere Freundschaft hatte für mich so etwas Tröstliches und Verlässliches gehabt. Ich hatte ihn immer als einen Verbündeten empfunden. Vielleicht hatte ich alles zerstört, und er würde mir gegenüber nie mehr dasselbe empfinden wie früher. (Forts. folgt.)

SED-Paradies!

Mit der Kamera durch den Alltag der Ostzone

Von unserem AZ-Sonderkorrespondenten



Aktivist Wirth aus Dresden, einer der meistgehassten Männer der Ostzone. Als Dreher stellte er einen „Drehrekord“ auf und drückte damit den Akkordlohn seiner Kollegen.

Ein bekannter Weltreisender sagte einmal, „am besten lernt man die Stimmung eines Volkes in der Eisenbahn kennen“. Reist man in den Zügen der Deutschen Demokratischen Republik, erlebt man in dieser Beziehung eine große Enttäuschung, denn in der Eisenbahn der Ostzone kommt selten ein Gespräch zustande. Und wenn schon, dann wird es so vorsichtig geführt, um nicht in politische Äußerungen verstrickt zu werden. Man kennt ja den andern nicht und weiß nie, ob er nicht einer der zahlreichen Spitzel ist.

Plakate und Transparente beherrschen das Straßenbild in den Städten und Dörfern. Das ist am stärksten an den Festtagen, wie z. B. am 1. Mai. In Görlitz steht auf einem riesigen Transparent über der Post in polnischer und dann in deutscher Sprache zu lesen: „Wir geloben: Die Oder-Neiße-Grenze ist die unverrückbare Friedensgrenze!“ Ich machte mir die Mühe und befragte in Görlitz genau 100 Leute mit versteckten Anspielungen, wie sie sich zu dieser zweifelhaften Reklame stellten. Das Resultat dieser Befragung war erschütternd. 38 der befragten Männer und Frauen hatten einstmals ihre Heimat jenseits der Neiße und deuteten ihre Ablehnung in gut umschriebener Form an. 44 Befragte enthielten sich der Summe, weil sie mir nicht glaubten, daß ich Westzonen-Journalist bin, sondern mich für einen Spitzel hielten. 16 Menschen, die ich befragte, lehnten auf verschiedenen Gründen die Neiße-Linie ab und nur zwei junge Bur-schen zwischen 18 und 20 Jahren sagten, was jenseits der Neiße liege, sei urpolnisches Land und gehöre deshalb auch heute noch den Polen. Der Erfolg eines neuen Geschichtsunterrichts in der DDR.

Ich saß in Görlitz in einer Gaststätte und trank ein 0,3-Liter-Glas Bier zu 2,40 Mark. Drei junge Männer setzten sich zu mir an den Tisch, obgleich noch viele andere Tische frei waren. Das fiel mir auf, denn Gesellschaft zu suchen, ist heute in der Ostzone nicht groß üblich. Vollkommen klar war die Sache, als die drei schon nach wenigen Minuten ein

Gespräch mit mir anfangen, d. h., eigentlich waren es nur zwei, die den Versuch machten. Ruhig hörte ich mir ihre politische Diskussion an, ohne mich zu einer Äußerung verleiten zu lassen. Die beiden ließen aber auch ihren scheinbaren Wortstreit zu sehr durchblicken. Gerade wollte ich ihnen eine dementsprechende Antwort geben, als mein Blick auf den Dritten fiel, der bisher schweigsam dageessen hatte. Er sah mich eindringlich an und hatte den Finger über den Mund gelegt. Aber schon seine Augen allein sagten „Um Himmels Willen, sei ruhig!“ Später erfuhr ich von dem Dritten, daß es sich bei den zwei um frühere Schulkameraden von ihm handele, die als Spitzel tätig sind. Der Mann selbst gab nach einem längeren Gespräch mit mir zu, daß er den „Ratten“, einer illegalen Freiheitsbewegung im Zeichen des „F“, angehöre.

Das Leben der Bevölkerung in der Sowjetzone wird von den „HOs“, den Geschäften der staatlichen Handelsorganisation mitbestimmt. In diesen Läden gibt es alles markenfremd zu kaufen. Allerdings, die Preise sind auch entsprechend „staatlich“. Eine Tafel mindere Schokolade kostet 12 Mark. Das Monatsgehalt einer Durchschnitts-Stenotypistin in der DDR reicht gerade für etwa 12 bis 15 Tafeln Schokolade aus. Eine Flasche Wein, die bei uns in der gleichen Güteklasse etwa 1,50 Mark kostet, ist in den HOs mit zirka 40 bis 50 Mark ausgezeichnet. Für ein Würstbrötchen muß man 1,20 bis 1,50 Mark zahlen und für ein Pfund Margarine — die die Hausfrauen übrigens furchtbar nennen — 11 Mark. Zum Vergleich sei noch der Stundenlohn eines Maurers angeführt, der sich durchschnittlich zwischen 95 Pfennigen und 1,05 Mark bewegt.

Mit allen Mitteln werden „Aktivisten“ herangezogen. Sie bekommen eine einmalige Sonderprämie, ein Abzeichen und bessere Lebensmittelzuteilungen. Indessen sind diese Aktivisten und Aktivistinnen beim normalen Arbeiter und der normalen Arbeiterin verhaßt. Sie drücken nämlich mit ihren Rekordleistungen den sowieso schon sehr niedrigen Akkordlohn ihrer Kollegen. Einer der meistgehassten Männer in der Deutschen Demokratischen Republik ist z. Z. der Dreher und Aktivist Erich Wirth vom Sachsenwerk Radeberg. Angefeuert durch die Leistung eines sowjetischen Kollegen vom Lenin-Werk Gorki in Moskau, erreichte Wirth bei einer Sonderschicht die Rekorddrehleistung von 1450 m je Minute. Dies stand in allen Zeitungen der DDR zu lesen. Wirth wird von der Regierung und der Partei als großer Mann gefeiert. Daneben stehen aber die Arbeiter mit knirschenden Zähnen, denn diese „Rekordler-Aktivisten“ drücken tagtäglich mehr und mehr den Akkordlohn der anderen. Die wenigen „Rekordarbeiter“ werden als „Pioniere des Friedens“ in den siebten Himmel gehoben und die anderen Arbeiter haben sich in ihrem Arbeitstempo danach zu richten.



Ein russischer Offizier mit seiner Frau in Leipzig. Die Bevölkerung war zum 1. Mai angetreten.



Eines der vielen Transparente.



Frauen als Schwerstarbeiterinnen sind in der Ostzone keine Seltenheit. Sie gehören, wie hier in Radeberg, zum Alltagsbild.



Oben: Der deutsche Soldatenfriedhof in Görlitz. Unten: Der russische Soldatenfriedhof in Görlitz.



Einer der HO-Läden in Leipzig. „HO“ diktiert den Lebensstandard. Eine Bockwurst mit einem Brötchen 3,60 Mark.



Dresdens Volkspolizei marschiert. Alles genau wie damals im Dritten Reich. „Friedenskämpfer“ Reimann blickt etwas erschrocken herab.



Zweimal Soldatenfriedhöfe.



Vor einem Fischgeschäft in Görlitz. Selbst Fische sind in der DDR knapp und noch dazu teuer. Ein Pfund kostet 3 Mark.